

### Flughafen: Das Ganze noch einmal

1996 hatte das Parlament 2,15 Milliarden für die Erweiterung der Flughafenhalle votiert. Dass das halbe Arbeit sei und dass angesichts steigender Passagierzahlen, gesteigerter Sicherheitsanforderungen und neuer Differenzierungen zwischen europäischen und nicht-europäischen Fluggästen schon nach 25 Jahren eine neue Flughalle notwendig sei, machte der damalige Bautenminister Goebbels dem Parlament dann 1999 klar. Doch sein zweifelhafter Plan, auf ein zweites Gesetzesprojekt zu verzichten, ging nicht auf. Die neue Regierung kam nicht daran vorbei, einen neuen Text auszuarbeiten. Darin sind allerdings auch neue Elemente integriert: Zum Beispiel die Schaffung einer Flughafenverwaltung oder der Plan eines unterirdischen Parkings für 8.000 Stellplätze. Es wird jedoch weder erwähnt, dass die neue Verwaltung sich auch mit den ökologischen Auswirkungen des Flughafenbetriebs befassen soll noch dass der geplante Bahnanschluss eventuell das Parkproblem reduzieren könnte. Auch die kontinuierlich steigende Anzahl an Kurzflügen, die in Konkurrenz zum Bahntransport stehen, wird nicht kritisch betrachtet. Stattdessen wird eine neue Anlegestelle für "petits porteurs" gebaut, damit auch der Luxemburger Flughafen von diesem Geschäft profitieren kann.

### Eigene Rentenrechte für Frauen

Der Conseil National des Femmes du Luxembourg (CNFL) ist für die Beibehaltung der abgeleiteten Witwenrente. Eine Abschaffung käme erst in Frage, wenn die Durchschnittsrenten von Frauen mit denen der Männer gleichziehen könnten. Bis dahin sei es jedoch noch ein weiter Weg. Der CNFL macht sich gleichzeitig stark für eine stärkere Individualisierung im Rentenrecht. Ziel ist der Erwerb eigenständiger Rentenansprüche für Frauen. Voraussetzung für eine unabhängige Rente sind jedoch strukturelle Veränderungen im Bereich der Familien- und Arbeitsmarktpolitik. Der Staat soll dabei helfen, dass Mütter und Väter Berufs- und Familienpflichten miteinander vereinen können, gegebenenfalls in Verbindung mit Familienpausen und/oder Teilzeitarbeit. Der CNFL fordert darüber hinaus für die geplante Rentenreform die rückwirkende Anrechnung von Babyjahren für alle Frauen, deren Kinder vor 1988 geboren sind sowie die Abschaffung der Antikumulationsbestimmung. Nach dem geltenden Recht werden abgeleitete Rentenbezüge mit eigenen Ansprüchen verrechnet.

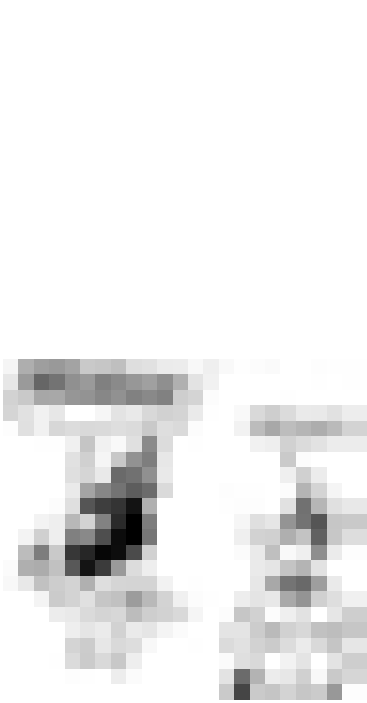
### The "Kriegsshow" goes on

Vor zwei Jahren begannen die Nato-Verbündeten mit ihren Bombardements auf den Kosovo. Der deutsche Komiker Andreas Marx, selbst ernannter Lügendetektor der Bundesrepublik, sein Musikerkollege Thorsten Otto mitsamt seiner Band "die Rinderwahnsinnigen Kfor-Soldaten" haben ihre ganz eigene Art gefunden, diesem "Jubiläum" Rechnung zu tragen. In ihrer berühmt-berüchtigten Polit-Comedy "die Kriegsshow" präsentieren sie Gags rund um Kosovo & Krieg, aktualisiert um neueste Ereignisse im deutschen und internationalen Militärzirkus. Die sarkastischen Gags reichen vom Raketen-Rudi Scharping, über Streetfighter und Kriegsbefürworter Joschka Fischer bis hin zu entlarvenden Rapports über Rechtsextremismus in deutschen Kasernen. Die Vorstellung läuft am 1. und 22. März um 20 Uhr in der Tuchfabrik Trier.

### TOXICOMANIES

# Poudre aux yeux

**La commission parlementaire spéciale "stupéfiants" a présenté son rapport sur le nouveau projet de loi. Ou: Comment une politique réactionnaire se vante d'être révolutionnaire.**



(gk) - "Le projet de loi (...) se caractérise par une toute nouvelle approche. Elle s'exprime dans le traitement du toxicomane qui n'est plus considéré comme un criminel mais comme une personne malade nécessitant une assistance et une protection adéquate." Combien d'Ave Maria, Jean-Marie Halsdorf (PCS), rapporteur du "projet de loi concernant la vente de substances médicamenteuses et la lutte contre la toxicomanie", devra-t-il bien réciter pour se faire pardonner un mensonge aussi grossier?

Car s'il y a bien réduction des peines, on ne peut vraiment pas parler d'un changement de mentalité vis-à-vis des toxicomanes. Tout d'abord, une personne qui consomme du cannabis est toujours considérée comme un fauteur de troubles. Oubliez donc l'argument que l'alcool présente des dangers bien plus graves pour la santé physique et mentale. L'usage personnel de cannabis est frappé d'une amende de 10.001 à 100.000 francs. Ce

à quoi s'ajoute un emprisonnement de huit jours à six mois si cette consommation se fait en présence de mineur-e-s, dans les établissements scolaires ou aux lieux de travail. La peine privative de liberté est portée à un seuil allant de six mois à deux ans et à une amende de 20.000 à 1.000.000 francs, si le cannabis est consommé avec des mineur-e-s.

En ce qui concerne les drogues dures, la consommation individuelle est punie d'une amende similaire à celle prévue pour consommation de cannabis, à laquelle s'ajoute une peine de prison de huit jours à six mois. En présence de mineur-e-s, la peine privative de liberté sera d'un mois à un an. La consommation avec des adolescent-e-s aura pour conséquence un emprisonnement d'un à cinq ans et une amende de 50.000 à 50.000.000 de francs. Ce qui revient à peu près aux peines encourues par des trafiquant-e-s, vendeur-eu-s-e-s et producteur-trice-s, qui risquent les mêmes peines de prison et des amendes de 5.000 à 50.000.000 de francs.

Vous voyez bien que les toxicomanes ne sont plus criminalisés? Nous non plus. Au lieu de promouvoir une politique "hu-

maine", on déguise une version légèrement allégée de la politique de répression à l'aide d'arguments de protection de la jeunesse. Et on défend une politique qui ne montrera pas plus de résultats demain qu'aujourd'hui.

Le rapport de la commission parlementaire dit: "(...) la dépénalisation totale ou même partielle de l'usage de stupéfiants mènerait à une banalisation des drogues en tant que telles." Or une telle banalisation est promue par l'Etat même. Il autorise des courses de publicités pour cigarettes roulantes. Il évite le débat de la protection de la jeunesse face à l'arrivé sur le marché des "designer-drinks". Il diabolise le cannabis alors que l'acquisition par Internet de médicaments - normalement vendus sur ordonnance - va bon train. Et la majorité parlementaire dupe les gens avec une loi anachronique avant même son entrée en vigueur. Après quoi elle boit probablement un bon coup pour faire passer la pilule.

### LANDWIRTSCHAFT & BSE

# Das Restrisiko

**Das Vertrauen in die europäische Landwirtschaft schwindet. Die BSE-Werbekampagne der Luxemburger Regierung beschränkt sich auf die Bekämpfung von Symptomen.**

(RK) - In Großbritannien ist die Maul- und Klauen-Seuche bei Schweinen ausgebrochen. Die Krankheit ist für den Menschen bisher ungefährlich, aber für alle Huftierarten hochansteckend. Um sie einzudämmen, wurde über die Insel ein totaler Ausfuhrstopp für alle Fleisch- und Milchprodukte verhängt. Britische Zeitungen berichten, dass die Krankheit aus dem Fernen Osten eingeschleppt wurde. Jetzt bangt ganz Europa, weil durch importierte Tiere der Erreger in den vergangenen Wochen auch in andere Länder gelangt sein könnte.

### Vertrauen ist gut ...

"Die luxemburgische Regierung ergreift alle erforderlichen Maßnahmen, um Ihnen die nötige Sicherheit zu gewährleisten." Mit diesem Slogan wirbt währenddessen die Regierung in einer vierfarbigen Anzeigenserie gegen BSE, für Luxemburger Rindfleisch und für sich selbst. Dass der Slogan im Präsens formuliert ist, dürfte kein Zufall sein. Ob es in Zukunft zu einer "Wende" in der europäischen und

luxemburgischen Agrarpolitik kommt, ist fraglich. Und die Vergangenheit, also der bisherige Umgang mit dem BSE-Problem, ist nicht geeignet, Vertrauen zu erwecken.

Es stimmt, die politisch Verantwortlichen haben sich hierzulande vorsichtiger ausgedrückt als ihre Kollegen, die noch bis vor kurzem verkündeten: "Deutschland ist BSE-frei." Auch in puncto Schutzmaßnahmen braucht sich Luxemburg nicht zu verstecken. Zum Beispiel wurde die Verarbeitung von Risikomaterialien schon 1998 verboten. Ob solche Verbote allerdings auch eingehalten wurden, weiß mangels ernsthafter Kontrolle niemand. Nicht nur hierüber schweigt die "Informations"-Kampagne.

In der ersten Anzeige der Serie wird uns versichert: "In Luxemburg haben die Futtermittelproduzenten sich bereits ab 1997 verpflichtet, auf jegliche Verwendung von Tiermehl zu verzichten." Sollen die VerbraucherInnen daraus schließen, dass ab 1997 keine BSE-Ansteckungen mehr stattgefunden haben? Im gleichen Jahr wurde Luxemburgs erster und bisher einziger BSE-Fall entdeckt - übertragen durch Tiermehl. Marco Gaasch, Präsident der Landwirtschaftskammer, gab jüngst gegenüber dem Telecran zu bedenken, dass "die meisten Landwirte im Vertrauen auf Kontrollen ihre Futtermittel gekauft haben und dachten, es sei alles in Ordnung." Müsste nicht klar und deutlich gesagt werden, dass die Kontrollen nicht zuverlässig waren, und dass die Hälfte der Futtermittel sowieso aus Belgien importiert wird - wo damals

kein generelles Tiermehlverbot herrschte?

Die Werbetexter haben sich viel Mühe gegeben, beruhigende Formulierungen zu finden. Zum Beispiel: "Nach heutigem Wissensstand wird Rindfleisch (Muskelfleisch) wie Steak oder Braten als sicher bewertet. Bei Fleischwaren sollten Sie auf das Zutatenverzeichnis achten." Statt sagen zu müssen: Essen Sie lieber keine Wurst, denn darin wird alles Mögliche verarbeitet. Und wenn Sie Creutzfeld-Jakob bekommen, obwohl Sie nur noch "Entrecôte" essen, dann wars eben das Restrisiko.

### Viel Maul, wenig Klaue

Und die Zukunft? BSE, Maul- und Klauen-Seuche, aber auch der Schweinemast-Skandal in Süddeutschland stellen die EU-Agrarpolitik vor große Herausforderungen. Die LandwirtInnen, in Luxemburg wie anderswo, bangen um ihr wirtschaftliches Überleben und haben fast noch mehr Angst vor Maßnahmen, die die Landwirtschaft reformieren als vor solchen, die alles beim Alten lassen. Die VerbraucherInnen riskieren, nach einem selbstverordneten "Rindfleisch-Moratorium" zu ihren alten Konsumgewohnheiten zurückzukehren: möglichst viel, möglichst billig. Um Strukturveränderungen in der Landwirtschaft zu fördern, braucht es kritische KonsumentInnen und LandwirtInnen, die es wagen, wirklich neue Wege zu gehen. Wann startet die Luxemburger Regierung eine Werbekampagne in diesem Sinn?